



BAYERN FÜR GRUNDLEGENDE ÄNDERUNGEN IN DER ASYLPOLITIK

CSU: ASYLMISSBRAUCH ABSTELLEN!

Die Bayerische Staatsregierung hat auf ihrer Klausurtagung ein **asylpolitisches Maßnahmenpaket** geschnürt. Angesichts des anhaltenden Zustroms an Asylbewerbern sind **grundlegende Änderungen zur Bewältigung und zur Eindämmung** notwendig.

Der **Parteivorsitzende Horst Seehofer**:

„Wir müssen den massenhaften Asylmissbrauch begrenzen, um die Akzeptanz und großartige Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung aufrecht zu erhalten.“

*Bayern stoße bei den Asylbewerberzahlen zunehmend an seine **Belastbarkeitsgrenzen**. Das gelte in **organisatorischer** Hinsicht bei der Unterbringung, in **persönlicher** Hinsicht bei allen beteiligten Institutionen und in **finanzieller** Hinsicht für den Freistaat und seine Kommunen. Bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz wurde der **Grundsatz der klaren Unterscheidung zwischen jenen, die Anspruch auf Schutz haben und jenen, die ohne Bleibeperspektive sind**, beschlossen. Nun müsse dieser Grundsatz auch Realität werden, betonte der Parteivorsitzende.*

„Die CSU geht die Probleme differenziert, aber vor allem konsequent an und steuert deshalb mit einem gesamtheitlichen Konzept massiv gegen den massenhaften Asylmissbrauch“, so Seehofer.

Unsere Forderungen:

- **Härtere Maßnahmen für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive:** Aussicht auf Arbeit ist ein besonders hoher Anreiz für Zuwanderer, deshalb sollen sie **keine Beschäftigungserlaubnis** erhalten. Wir brauchen mehr Möglichkeiten, die **Leistungen** an sie zu **kürzen**. Zudem soll für sie die **Residenzpflicht** wiedereingeführt werden.
- **Mehr Länder als sichere Herkunftsstaaten einstufen:** Das betrifft Länder, in denen die Anerkennungsquoten gegen Null gehen. Dazu zählen nicht nur die Westbalkan-Länder Albanien, Kosovo und Montenegro, sondern auch afrikanische Staaten. Für die Staatsangehörigen brauchen wir dann die **Wiedereinführung der Visa-Pflicht**.
- **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gerecht verteilen:** Mangels gesetzlicher Regelungen bleiben unbegleitete minderjährige Flüchtlinge überproportional in bayerischen Kommunen im Grenzgebiet statt im gesamten Bundesgebiet. Schon vor der gesetzlichen Regelung ab 2016 müssen wir durch ein Übergangskonzept **schnellstmöglich** eine **gerechte Aufteilung von Kosten und Lasten** erreichen. Bei der Unterbringung in der Jugendhilfe müssen wir **Möglichkeiten zur Kostenreduzierung** suchen.
- **Einseitige Belastung Deutschlands in der EU beenden:** Die Flüchtlinge müssen gerechter verteilt werden. Bisher tragen wenige Länder die Hauptlast, die meisten nehmen gar keine Flüchtlinge auf. Deshalb sind **feste Verteilungsquoten** und die konsequente Registrierung bei der Ersteinreise notwendig.
- **Zwei gesonderte Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit schaffen:** Das zielt vor allem auf Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten ab. Die Einrichtungen sollen möglichst in Grenznähe entstehen. Die **Verfahren** sollen hier **binnen zwei Wochen** entschieden sein und die Abschiebungen unmittelbar vorgenommen werden.

- **Europäische Asylzentren in Nordafrika schaffen:** Für rückgeführte Asylsuchende sollen dort Prüfverfahren nach EU-Standard durchgeführt werden.
- **Grenzüberwachung an den EU-Außengrenzen verbessern und Bekämpfung krimineller Schlepper intensivieren.**
- **Bekämpfung der Fluchtursachen:** Außen- und Entwicklungshilfepolitik kommt hier eine wesentliche Rolle. Die Zusammenarbeit mit den Hauptherkunftsländern und Haupttransitländern muss verstärkt werden, um dort durch zielgerichtete Aktionen für Stabilisierung und gute Lebensperspektiven zu sorgen.

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer: „Der Druck durch den nicht abbreißenden Zuzug von Flüchtlingen ist übergroß. 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Da geht es mittlerweile nicht mehr einfach nur um die Verteilung von Flüchtlingen. Das Thema geht bis tief in unserer Finanzsolidität hinein, mit Mehrausgaben von mehr als einer Milliarde Euro allein für Bayern. In den Kommunen wird auf Leistungen verzichtet, teilweise muss auf Rücklagen zurückgegriffen werden. Die Belastungsgrenze ist überschritten. Wer das nicht anerkennt, ignoriert die Realität! Wir dürfen nicht mehr nur den Zustrom managen, sondern müssen über weniger Zustrom diskutieren.“

Service

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.csu.de

Impressum

CSU-Landesleitung
Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München

Verantwortlicher
Dr. Hans Michael Strepp, Hauptgeschäftsführer

